

## Wenn Politik durch Diskurse ersetzt wird

Zum Öffentlichkeitsbild der deutschen Russlandpolitik

**Autor: Max Gutbrod**<sup>1</sup>

**Stand: 19.7.2016**

Am Anfang stand die Äußerung, die Ukraine-Krise sei militärisch nicht zu lösen<sup>2</sup>. Diese Äußerung war eigentlich verwunderlich, weil in der Krim und in der Ostukraine eben Tätigkeit stattfand, deren militärischer Charakter nicht zu bestreiten ist<sup>3</sup>. Statt weiter zu diskutieren, wie auf verschiedene Szenarien zu reagieren wäre, ob und inwieweit Gewaltverzicht gegen Gewalt eine Chance hat, wechseln sich einigermaßen erratisch Forderungen nach Verlängerung, Anfang des Endes oder neuen Sanktionen, nach Waffenlieferungen an die Ukraine und weiteren Militärausgaben ab. Für die breitere Öffentlichkeit eher unvermittelt kommen tatsächliche Maßnahmen<sup>4</sup>. Die Debatte kulminiert in den derzeitigen Auslegungsübung zur Frage, was der deutsche Außenminister mit den Worten "Säbelrasseln" und "Kriegsgeheul" gemeint haben könnte<sup>5</sup>. Wohlgermerkt: Der Außenminister hatte, was in den kritischen Kommentaren zumeist unterschlagen wird<sup>6</sup>, unmittelbar bevor er diese Worte verwendete, die Politik der NATO ausdrücklich gebilligt.

---

Zitierweise: Gutbrod, M., Wenn Politik durch Diskurse ersetzt wird, O/L-2-2016,  
[http://www.ostinstitut.de/documents/Gutbrod\\_Wenn\\_Politik\\_durch\\_Diskurse\\_ersetzt\\_wird\\_OL\\_2\\_2016.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Gutbrod_Wenn_Politik_durch_Diskurse_ersetzt_wird_OL_2_2016.pdf).

<sup>1</sup> Dr. Max Gutbrod, Baker & McKenzie.

<sup>2</sup> s. die Bundeskanzlerin in <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2014/05/2014-05-22-merkel-pnp.html>.

<sup>3</sup> Gerade die Vermeidung der Hoheitsabzeichen an der Uniform wie bei den "freundlichen Menschen" ist ja typisch für jemand, der verbergen will, entgegen den dafür geltenden Regeln eben militärisch tätig zu werden. Bewaffnete Gruppen sind eigentlich, auch wenn sie sich Bataillone nennen, Verbrechergruppen, soweit nicht Handeln im Krieg anerkannt ist.

<sup>4</sup> Bezug wird damit auf den jüngsten NATO-Gipfel genommen, der für sich in Anspruch nimmt, für "deterrence and defense" gesorgt zu haben, s. [http://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_133980.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/news_133980.htm), besucht am 18.7.2016 und damit auf Aufschlüsselung verzichtet, wovon (etwa, ob massive oder hybride Angriffe gefürchtet werden) abgeschreckt werden soll.

<sup>5</sup> in [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Aktuelles/160619-BM\\_Bild\\_am\\_Sonntag.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Aktuelles/160619-BM_Bild_am_Sonntag.html), soweit nicht anders vermerkt sind die angeführten Sites am 20.06.2016 besucht worden. Die Nachweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie sollen nur Hinweise geben.

<sup>6</sup> s. z. Beispiel <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-walter-steinmeier-steht-wegen-nato-aeusserungen-in-der-kritik-a-1098485.html>.

Viele Jahre hat insbesondere Deutschland Russland zur Teilnahme am internationalen Handel und insbesondere an der WTO zu gewinnen gesucht<sup>7</sup>. Dennoch sind die gegenseitigen, im Zusammenhang der Krise ausgesprochenen Sanktionen, die ja den Handel beschränken, nicht vor der WTO angefochten worden. Es hat auch - soweit ersichtlich - niemand vorgeschlagen, dass eventuelle Lücken internationalen Rechts ergänzt werden, man sich zum Beispiel darauf einigt, wann aus - sicher immer umstrittenen - politischen Gründen der Freihandel eingeschränkt werden kann. Die am offensichtlichsten betroffenen, die Milchbauern, werden mit Hilfszahlungen abgefunden<sup>8</sup>. Dennoch fordert man sich gegenseitig routinemäßig zur Rechtsstaatlichkeit auf. Wie ein Selbstläufer wird die Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok immer einmal in Umlauf geschickt<sup>9</sup>.

Zum Zwecke der Befriedung der Ostukraine scheint Europa ganz auf die Minsker Vereinbarungen zu setzen. Allerdings hört man, deren Umsetzung biete Probleme. Die EU hat zwar gelegentlich in beeindruckender Weise mitgeholfen, undemokratische Machthaber abzulösen, die Liste reicht von den Nachfolgern von Franco und Salazar in Spanien bzw. Portugal bis zu Meciar in der Slowakei. Mit den jeweiligen Völkern direkt hat sie aber die Verbindung nicht gesucht, die EU hat sich auch in für die EU eingreifenden Beziehungen wie der Brexit-Debatte daran gehalten, das Volk werde durch seine Vertreter tatsächlich vertreten. Woher also die Hoffnung stammte, man werde mit den Gestalten, die die Macht in der Ostukraine haben, glaubhafte Wahlen dort organisieren können, ist schleierhaft. Statt zu versuchen, realistischere Vereinbarungen zu treffen oder wenigstens über die routinemäßig ("noch ein eingefrorener Konflikt mehr") Berichte internationaler Organisationen hinaus<sup>10</sup> die Lage vor Ort und deren Konsequenzen zu thematisieren, geht es in der öffentlichen Diskussion darum, ob der Ukraine oder Russland mehr "Schuld" für das immer gleich befürchtete "Scheitern von Minsk"<sup>11</sup> zukommt. "Minsk" wird im Übrigen in der Regel im Zusammenhang mit den

---

<sup>7</sup> Indem Bundeskanzlering Merkel noch nach dem Georgien-Krieg die Bedeutung des Handels betontes, z. B. [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/russland-merkel-macht-sich-fuer-russlands-mitgliedschaft-in-der-wto-stark\\_aid\\_576175.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/russland-merkel-macht-sich-fuer-russlands-mitgliedschaft-in-der-wto-stark_aid_576175.html), setzt sie eine von Bundeskanzler Schröder begonnene Tradition fort.

<sup>8</sup> <http://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/milchpreis-bauern-sollen-groesseres-hilfspaket-bekommen/13701272.html>.

<sup>9</sup> Besonders fällt die Art auf, in der die Bundeskanzlerin in Zusammenhang mit dieser erweiterten Handelszone gebracht wird. So reagiert sie auf deren Erwähnung durch den kirgisischen Präsidenten mit deiner Darstellung der Probleme mit Russland, s.

<https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/07/2016-07-14-pk-merkel-atambaev.html>, besucht am 17.7.2017. Das Presseecho lässt den Unterschied kaum erkennen, s.

<https://www.google.ru/webhp?sourceid=chrome-instant&ion=1&espv=2&ie=UTF-8#q=merkel%20kirgistan%20wladiwostok%20handel> am 17.7.2016. Im Juni 2016 wurde sie ähnlich in eher

entlegenen, aber auch nicht dementierten Quellen zitiert, s. <http://derstandard.at/2000038203013/Merkel-Russland-Sanktionen-enden-bei-Minsk-Erfuellung-sofort>.

<sup>10</sup> s. für die Ukraine <http://www.unhcr.org/partners/donors/54d3923b9/ukraine-situation-unhcr-supplementary-appeal-january-december-2015.html?query=Ukraine>.

<sup>11</sup> schon 2015 wurde keine Alternative zu "Minsk" gesehen, s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-konflikt-steinmeier-prophezeit-eskalation-falls-der-minsk-gipfel-scheitert-1.2342937>. besucht am 17.7.2016.

Sanktionen diskutiert<sup>12</sup>. Dabei scheint es zwar eine Strategie gegenüber der Krim zu geben<sup>13</sup>, diese aber bewusst aus der öffentlichen Diskussion gehalten zu werden.

Man hat den Eindruck, dass die "aktivere" deutsche Außenpolitik<sup>14</sup> derzeit stockt, jedenfalls soweit es nicht um die Reaktion auf Ereignisse geht. Solange Seitenwege so attraktiv sind, ist das vielleicht im Sinne der jeweiligen Sache auch gut.

©Ostinstitut Wismar, 2016  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:  
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751

<sup>12</sup> s. für die Bundeskanzlerin <http://de.reuters.com/article/deutschland-russland-sanktionen-idDEKCN0YN4H8>, besucht am 17.7.2016.

<sup>13</sup> sie schenkt Regelungen zu bestehen, die verbieten, die Krim als Wirtschaftsgebiet anzuerkennen, und Erschwerung etwa der Einreise in die EU für Krim-Bürger zu bestehen. Dabei scheinen keine Bemühungen der Ukraine erwartet zu werden, etwa aus der Krim Ausgewanderte zu organisieren. Es scheint auch nicht überlegt zu werden, mit einer der in der Krim bestehenden Parteien eine Verbindung aufzubauen. Für die Konflikte innerhalb der Krim scheint charakteristisch zu sein, dass Wikipedia auf Englisch und Deutsch nur die Rolle erwähnt, die Aleksei Chaly (Tschaly) bei der Annexion der Krim hatte, auf Russisch, [https://ru.wikipedia.org/wiki/Чалый,\\_Алексей\\_Михайлович](https://ru.wikipedia.org/wiki/Чалый,_Алексей_Михайлович), besucht am 18.7.2016, sein Rücktritt 2016 erwähnt wird, seine Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Regierung zu finden sind aber nur in sozialen Netzwerken und in der russischen Presse zu finden,, vgl. nur <https://www.facebook.com/komandachalogo/>, besucht am 17.07.2016. Es scheint insgesamt, dass die Chance Verbündete gegen Russland zu gewinnen, nicht genutzt wird.

<sup>14</sup> [http://www.deutschlandfunk.de/aussenpolitik-gauck-auch-zu-waffen-greifen.694.de.html?dram:article\\_id=289120](http://www.deutschlandfunk.de/aussenpolitik-gauck-auch-zu-waffen-greifen.694.de.html?dram:article_id=289120).